

Dels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.
Pränumerationspreis viertel-
jährlich 6 Sgr., durch die
Post bezogen 7½ Sgr.



Inserate werden bis Donner-
stag Mittag in der Expedition
angenommen und kostet die ge-
spaltene Zeile 1 Sgr., Wieder-
holungen die Hälfte.

Redacteur: Königl. Kreis-Secretair Kapler.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 19.

Dels, den 12. Mai 1865.

3. Jahrg.

A m t l i c h e r T h e i l.

Nr. 563. Betrifft die Nachstellung der bei der Musterung ausgebliebenen militairpflichtigen Personen.

Im Einverständniß mit dem Königlichen Landwehr-Bataillons-Commando findet eine Nachmusterung derjenigen militairpflichtigen Mannschaften

Donnerstag, den 18. Mai c., Vormittags 8 Uhr,
hierselbst statt, welche bei der diesjährigen Musterung gefehlt haben.

Die Magistrate und Dorfgerichte veranlasse ich daher, alle diejenigen Mannschaften, welche bei der diesjährigen Musterung gefehlt haben, oder wegen Krankheit am Erscheinen behindert gewesen sind, am obigen Termine pünktlich in das Königliche Landraths-Amt zu stellen, und es haben diese Mannschaften, soweit sie im Besiße von Gestellungsscheinen sind, selbige zur Stelle zu bringen.

Dels, den 11. Mai 1865.

Der K ö n i g l i c h e L a n d r a t h.
von der Verswordt.

Nr. 564.

Es ist in einem Special-Falle hier wahrgenommen worden, daß mehrere, dem diesseitigen Bezirk angehörige Personen sich mit den von ihrer Ortsbehörde ausgestellten gewöhnlichen Führungs-Attesten nach Berlin in verschiedene Buchhandlungen begeben haben, und daß von den Letzteren auf Grund dieser Atteste Gewerbszettel im Umherziehen zum Aufsuchen von Bestellungen auf Lithographien und Werke der bildenden Kunst für sie nachgesucht und auch erteilt worden sind, ohne daß hiernach die persönliche Qualifikation der betreffenden Hausirer gemäß § 11 des Regulativs vom 28. April 1824 (Gesetz-Sammlung S. 125) vorher geprüft und festgestellt worden war.

Wir nehmen hieraus Veranlassung, das Königliche Landraths-Amt anzuweisen, die ihm untergeordneten Ortsbehörden dahin mit Instruction zu versehen, daß dieselben jedesmal bei Anträgen um Ertheilung von Führungs-Attesten, sofern dieselben zum Zweck der Nachsuchung von Hausirergewerbszettel extrahirt werden, — worüber der Antragsteller ausdrücklich zu hören ist — streng prüfen, ob derselbe den Erfordernissen der allegirten Bestimmung striete entspricht, was aus diesem Atteste speciell hervorgehen muß und daß dasselbe andernfalls zu versagen ist. Breslau, den 21. April 1865.

K ö n i g l i c h e R e g i e r u n g; Abtheilung des Innern.
gez. Sack.

An
sämmliche Landraths-Ämter des Departements.

I. XIII. Nro. 768.

Abdruck vorstehender Bestimmung theile ich den Magistraten und Ortsbehörden des Kreises zur genauesten Beachtung mit.

Dels, den 2. Mai 1865.

Der K ö n i g l i c h e L a n d r a t h.
von der Verswordt.

Nr. 565.

Auf den Antrag des Provinzial-Landtags hat der Herr Minister des Innern durch Erlaß vom 13. Dezember c. genehmigt, daß die Einziehung der für die Corrections-Anstalt in Schweidnitz durch das Publi-

candum vom 28. October 1803 (Korn's neue Edicten-Sammlung, Band VIII. S. 439) und der für die Armen-Anstalt in Kreuzburg durch den Allerhöchsten Erlaß vom 14. Februar 1796 (a. a. D. Band V. S. 305) angeordneten fixirten Beiträge vom 1. Januar 1865 ab einstweilen sistirt werden.

Breslau, den 28. Dezember 1864.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

An
die Königliche Regierung hier.

D.:P. Nro. 6708.

Abdruck dieser Verfügung wird den Dominien und Ortsbehörden des Kreises mitgetheilt mit dem Bemerken: daß hiernach die Einziehung der im Monat Juni d. J. fälligen Beiträge für das Corrections-Haus in Schweidnitz bis auf Weiteres unterbleiben wird.

Dels, den 4. Mai 1865.

Der Königliche Landrath.
von der Verswordt.

Nr. 566.

Öffentliche Bekanntmachung.

Die Herzoglich Braunschweig-Dels'sche Kammer zu Dels beabsichtigt, auf der zur Herzoglichen Domaine Peute, Kreis Dels, gehörigen Ziegelei zwei neue Ziegelöfen zu erbauen.

Auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1861 und der Instruction vom 31. August ejusdem anni wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, etwaige Einwendungen gegen die Ausführung desselben binnen 14 Tagen bei dem unterzeichneten Landraths-Amte, woselbst auch Zeichnung und Beschreibung zur Einsicht ausliegen, schriftlich anzubringen.

Die 14 tägige Frist ist für alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präklusivisch.

Dels, den 3. Mai 1865.

Königliches Landraths-Amte.
von der Verswordt.

Nr. 567.

Öffentliche Bekanntmachung.

Der Müllermeister Gebauer zu Lauböky, Kreis Dels, beabsichtigt, in seiner daselbst belegenen Wassermühle die Betriebsvorrichtungen umzubauen, namentlich aber einen deutschen Mahlgang zu cassiren und an dessen Stelle einen amerikanischen Mahlgang und einen deutschen Gang einzurichten. Das Freigerinne bleibt unverändert.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 3 des Gesetzes vom 1. Juli 1861 und der Instruction vom 31. August ejusd. anni zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die Ausführung desselben innerhalb 14 Tagen bei der Orts-Polizeibehörde zu Lauböky, wo auch Zeichnung und Beschreibung eingesehen werden können, anzubringen.

Die 14 tägige Frist ist für alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präklusivisch.

Dels, den 4. Mai 1865.

Der Königliche Landrath.
von der Verswordt.

Nr. 568.

Nach einer Mittheilung des Gasthofbesizers Herrn Döring hat sich am 7. d. Mts. ein allem Anscheine nach von der Tollwuth befallener Hund in seinem Hofe aufgehalten und dort einen an der Kette liegenden Hund gebissen, worauf die Tödtung jenes Hundes durch dort anwesende Arbeiter erfolgt ist.

In Folge dessen und, nachdem bereits die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln für die Stadt Dels Seitens der Polizeiverwaltung direkt getroffen worden sind, bestimme ich hierdurch, daß sämtliche Hunde im halbmeiligen Umkreise von Dels durch sechs Wochen angeschlossen zu halten und daß von Hunden und Ragen nicht bloß diejenigen, welche von tollen Hunden gebissen worden und bei denen Spuren von Tollwuth hervortreten sollten, sondern selbst diejenigen, bei denen auch nur die Besorgniß vorliegt, daß sie von tollen Hunden gebissen worden sein könnten, zu tödten und vorschriftsmäßig zu vergraben sind.

Gleichzeitig verweise ich auf die Vorschriften in den §§ 92—108 des Regulativs vom 8. August und 28. Oktober 1835 und den §§ 25 resp. 88—96 der Anlagen A und B desselben (Gesetzsammlung für 1835 S. 239 und ff.) und mache den Orts-Polizeibehörden und Ortsgerichten der Dels'er Umgegend zur Pflicht, darauf zu halten, daß jene Bestimmungen und beziehungsweise Rathschläge in den entsprechenden Fällen befolgt werden.

Dels, den 9. Mai 1865.

Der Königliche Landrath.
von der Verswordt.

Nr. 569.**B e k a n n t m a c h u n g.**

Aus Anlaß der zum 1. Mai c. stattfindenden Eröffnung der Preussisch-Schwedischen Postdampfschiff-Verbindung zwischen Stralsund und Malmö wird zur Kenntniß der Reisenden gebracht, daß die mit den Postdampfschiffen von Stralsund in Malmö ankommenden Passagiere für die Weiterfahrt nach Schweden oder nach Dänemark keines Passes bedürfen.

Berlin, den 28. April 1865.

G e n e r a l - P o s t - A m t.
Philipsborn.

Nr. 570.**B e k a n n t m a c h u n g.**

Häufig kommt der Fall vor, und mit dem täglich mehr erleichterten Verkehre immer häufiger, daß Funde von Münzen und andern antiquarisch der Erhaltung werthen Gegenständen gleich bei ihrer Auffindung zerstreut oder an die nächsten Unterhändler verkauft werden, um dann nicht selten, wenn die Hoffnung auf größeren Gewinn getäuscht ward, oder die Furcht, von dem Eigenthümer des Bodens in Anspruch genommen zu werden, erwacht, in den Schmelztiegel zu wandern, und so, ganz abgesehen von der Ergänzung der Sammlungen, der wissenschaftlichen Verwerthung für die Archäologie und Vaterlandskunde entzogen zu werden.

Um diesem Uebelstande, soviel von meiner Seite geschehen kann, abzuhelpen, erkläre ich hiermit, daß die Finder bei Einsendung des Fundes an die königlichen Museen mit Sicherheit darauf rechnen können, jedenfalls den vollen Metallwerth und nach Maßgabe der Bedeutung und Seltenheit der Gegenstände einen angemessenen, höheren Werth zu erhalten, welcher nach erfolgter Einigung sofort ausgezahlt wird.

Wenn öffentliche Sammlungen der Provinz die Mittel haben, den Ankauf des Fundes in einem gegebenen Falle zu sichern, so werde ich gegen dieselben gern zurücktreten, und in diesem Falle nur wünschen, der allgemeinen Uebersicht wegen eine Notiz über denselben zu erhalten.

Berlin, den 8. April 1865.

Der General-Director der königlichen Museen.
von Olfers.

N i c h t a m t l i c h e r T h e i l.**Parlamentarische Zügellosigkeit.**

Wer den öffentlichen Frieden dadurch gefährdet, daß er die Angehörigen des Staates zum Haß oder zur Verachtung gegen einander öffentlich anreizt, wird (nach § 100 des Strafgesetzbuchs) mit einer Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Wer durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen oder durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staates oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Haß oder der Verachtung aussetzt, wird (nach § 101) ebenfalls mit Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Wer durch Wort, Schrift u. eine öffentliche Behörde, einen öffentlichen Beamten u. in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt, wird (nach § 102) mit Gefängniß von einer Woche bis zu einem Jahre bestraft.

Hat die Beleidigung den Charakter der Verleumdung, so ist die Strafe Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu achtzehn Monaten, und wenn die Verleumdung öffentlich begangen wurde, Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren.

Wer durch Wort, Schrift u. die Ehrfurcht gegen den König verletzt, wird (nach § 75) mit Gefängniß von zwei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Auch kann gegen denselben zugleich auf zeitige Unterfügung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Alle diese Handlungen, welche das Strafgesetzbuch als Vergehen bezeichnet und mit den angegebenen Strafen an Besitz, Freiheit und bürgerlicher Ehre belegt, können von den Mitgliedern des Landtags straflos begangen werden, sobald die Zucht und Ordnung des Hauses die Begehung derselben nicht hindert. Leidenschaftliche Bitterkeit scheint die Begriffe über das, was Zucht und Ordnung heißt, verdunkelt zu haben.

In der Debatte über das Militairgesetz sind von mehreren Abgeordneten der Fortschrittspartei Aeußerungen der bedenklichsten Art gefallen, die ungerügt blieben und in Folge der Stellung des Hauses straflos sind.

Art. 84 der Verfassungs-Urkunde bestimmt nämlich: „Die Mitglieder beider Häuser des Landtags können für ihre Abstimungen in dem Hause niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb des Hauses auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden.“

Diese Verfassungsbestimmung ist gegeben, um eine möglichst freie Meinungsäußerung der Landesvertretung über die Angelegenheiten des Landes und über die Handlungen der Staatsregierung zu sichern. Zur Freiheit der Meinungsäußerung gehört aber in einem gestützten Staatswesen keinesweges auch die Freiheit der persönlichen Beleidigung, der Schmähung, der Verleumdung gegen die Personen der Landesobrigkeit.

Die Verfassung gewährt die freie Meinungsäußerung nicht bloß den Häusern des Landtags, sondern nach Art.

titel 27 hat „jeder Preuße das Recht, durch Wort, Schrift u. seine Meinung frei zu äußern,“ — und doch tritt das Strafgesetzbuch durch die erwähnten Strafdrohungen eben dem Mißbrauch solcher Freiheit ausdrücklich entgegen.

Dem Sinne der Verfassung entspricht es daher sicherlich nicht, daß die freie Meinungsäußerung der Landesvertretung in Zügellosigkeit verkehrt werden könne. Die Verfassung kann nicht gewollt und nicht vorausgesetzt haben, daß das Abgeordnetenhaus das Beispiel von Handlungen geben dürfe, welche bei jedem Anderen mit schweren und entehrenden Strafen geahndet werden.

Im Gegentheil hat die Verfassung in hochgehender und leider nicht erfüllter Hoffnung das unbedingte Vertrauen in die Landesvertretung gesetzt, daß sie als sorgfältige und gewissenhafte Hüterin ihrer eigenen Ehre dem Volke das Beispiel eines wahrhaft würdigen und sittlichen Gebrauchs der Freiheit geben werde.

Deshalb und nur deshalb hat die Verfassung die Sicherung gegen den Mißbrauch der Freiheit für die Landesvertretung nicht dem Strafgesetze, sondern den beiden Häusern selbst und der Geschäftsordnung derselben vertraut, durch welche nach Artikel 78 der Verfassung nicht bloß der Geschäftsgang, sondern auch die Disziplin, die Zucht der Häuser geregelt und deren Aufrechterhaltung den Präsidenten übertragen werden soll.

In der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ist dem Präsidenten die Handhabung der Ordnung schlechthin zugewiesen: er hat ferner die Berechtigung, Mitglieder wegen Verletzung der Ordnung ausdrücklich wieder „zur Ordnung zu rufen“, und wenn dies nicht fruchtet, das Haus auszufordern, dem Redner das Wort zu nehmen.

Zur Ordnung des Hauses gehört die Aufrechterhaltung der Sitte, des Anstandes und des Geiezes: was für jede gesittete Gesellschaft unziemlich ist, und vollends was für jeden Preußen durch das Strafgesetz als unstatthaft und ehrenwidrig bezeichnet ist, das kann, das darf selbstverständlich für das Abgeordnetenhaus nicht Sitte und nicht ordnungsgemäß sein; denn die Sitte und Ordnung der Landesvertretung muß mit dem Geiste der Landesgesetze, die unter Mitwirkung der Landesvertretung festgestellt sind, im Einklange stehen.

Die erste Anforderung an den Präsidenten des Hauses ist daher, daß er die Ordnung und Zucht des Hauses, in Uebereinstimmung mit dem Geiste der öffentlichen Sitte, Ordnung und Geiezmäßigkeit streng und unparteiisch, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht und Begünstigung für das Parteiwesen aufrecht erhalte.

Diese Erwartungen der Verfassung sind leider in dem Abgeordnetenhaus von Jahr zu Jahr weniger erfüllt worden. Einer der Präsidenten hat so eben unumwunden eingeräumt, daß er die Ordnung des Hauses nicht nach den Geboten parlamentarischer Sitte, sondern als Parteimann handhabe.

So konnte es geschehen, daß ein Minister gegen die Rede eines Abgeordneten, welche eben so ehrfurcht-

verletzende Aeußerungen gegen die Krone, wie beleidigende Angriffe gegen die Minister enthielt, und welche der Präsident dennoch ruhig und ungestraft hingehen ließ, sich selbst sein Recht verschaffen mußte.

Dieser Zustand ist unerträglich, — er ist für das Land und die öffentliche Sitte verderblich, — er ist zugleich dem Willen und Geiste der Verfassung zuwider.

Wenn das parlamentarische Leben in Preußen nicht durch seine eigenen Ausschreitungen gefährdet und zu Grunde gerichtet werden soll, so ist es hohe Zeit, daß jenem schreienden Mißbrauche ein Ziel gesetzt werde. Man darf der Regierung vertrauen, daß sie dieser Aufgabe ihre ernste Fürsorge zuwenden. Alle aber, denen in Wahrheit um die Entwicklung eines gedeihlichen Verfassungslebens zu thun ist, werden dazu mitzuwirken haben, daß die naturgemäßen, auf den Geboten der Sittlichkeit und des öffentlichen Rechts begründeten Grenzen der Redefreiheit zur Anerkennung und Geltung gelangen.

Die Vorlage wegen der Kriegskosten

ist nunmehr so weit gediehen, daß die Einbringung in das Abgeordnetenhaus erfolgen kann.

Dieselbe giebt eine Uebersicht sowohl über die Veranlassung und Nothwendigkeit des geführten Krieges u. über dessen vorläufige politische Ergebnisse, als auch über die durch denselben verursachten Kosten, so wie über die Geldmittel, mittelst deren diese Kosten theils gedeckt worden sind, theils noch gedeckt werden sollen.

Der politische Theil der Denkschrift giebt, ausgehend von den Verhandlungen seit 1851, namentlich aber seit der Bekanntmachung der dänischen Regierung vom 30. März 1863, eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, namentlich über die Verhandlungen mit Oesterreich in Betreff der schließlichen Lösung derselben.

Die Depesche vom 22. Februar d. J., in welcher die Grundzüge und Bedingungen aufgestellt sind, bei deren Annahme die Errichtung eines Schleswig-Holsteinischen Staates mit dem preußischen Interesse vereinbar sein würde, ist der Denkschrift beigelegt.

Die Regierung spricht schließlich die Zuversicht aus, daß der Gang, welchen sie in den Verhandlungen verfolgt, mit der öffentlichen Meinung des Landes übereinstimme. Ein enger Anschluß der Herzogthümer an Preußen wird im Volke allseitig gefordert und erwartet, die wirkliche Einverleibung lebhaft gewünscht. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die letztere Lösung an sich die zweckmäßigste wäre, nicht nur für Preußen, sondern auch für Deutschland und für die Herzogthümer selbst; aber sie verkennt nicht, daß sie für Preußen mit großen finanziellen Opfern in Betreff der Kriegskosten und der Staatsschulden verbunden sein würde, und sie hält dieselbe nicht in dem Maße durch das Staatsinteresse für geboten, daß ihre Durchführung unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens erstrebt werden müßte.

Dagegen glaubt die Regierung, an denjenigen Bedingungen unter allen Umständen festhalten zu sollen,

zu deren Aufstellung Preußen aus der Pflicht zum militärischen Schutz der Herzogthümer, wie des eigenen Landes und zur Entwicklung der deutschen Wehrkraft zur See die Berechtigung schöpft. So lange bis die auf diesem Gebiete für Preußen nothwendigen Einrichtungen zweifellos sichergestellt sind, muß der einstweilige Zustand in den Herzogthümern und mit demselben die militärische Besetzung fort dauern, und die Regierung ist der Zustimmung des Landes gewiß, wenn sie ihren Besitz in den Herzogthümern bis dahin aufrecht erhält.

Die Regierung wartet die Prüfung und Klärung der Rechtsfrage ab, sie ist zu Verständigungen bereit, welche, diese Frage mit dem politischen Bedürfnis versöhnend, den Interessen Preußens, der Herzogthümer u. Deutschlands genügen, und sie wird in den Wünschen und Ueberzeugungen der Bevölkerung der Herzogthümer, sobald es ihr gelingen sein wird, diese durch eine geeignete Vertretung zum Ausdruck zu bringen, ein wichtiges Moment für ihre eigenen Entschlüsse finden.

Der finanzielle Theil der Denkschrift weist zunächst die in der Militär-Verwaltung für die Marine, für das Post- und Telegraphenwesen aufgewandten Kosten nach.

Die Militär-Verwaltung hat im Ganzen 18,522,459 Thlr. gebraucht, davon 14,265,559 Thlr. für die eigentlichen Kosten der Mobilmachung und der Truppenunterhaltung, und 4,256,900 Thlr. an einmaligen Ausgaben für die Verstärkung der artilleristischen und fortifikatorischen (Befestigungs-) Ausrüstung.

Die Marine hat 3,670,704 Thlr.,

die Postverwaltung 222,380 Thlr.,

die Telegraphenverwaltung 66,232 Thlr.

in Anspruch genommen.

Der Gesamtbetrag der Kosten ist daher 22,481,776 Thlr.

Davon sind 13,517,526 Thlr. bereits rechnungsmäßig für das Jahr 1864 als verausgabt nachgewiesen, wogegen 8,964,250 Thlr. noch zu verrechnen bleiben.

Zur Deckung jener bereits verrechneten $13\frac{1}{2}$ Mill. konnten größtentheils die disponibeln Ueberschüsse der Jahre 1863 und 1864 und zwar mit 5,351,608 Thlr. und 6,861,828 Thlr. verwandt werden, so daß bisher nur 1,304,089 Thlr. aus dem Staatschatz zu entnehmen waren.

Zur Deckung des noch zu verrechnenden Restes von 8,964,250 Thlr. wird nach eintretendem Bedürfnisse gleichfalls der Staatschatz in Anspruch zu nehmen sein.

Daß der Bestand des Staatschatzes für diesen Zweck ausreicht, ist in der Denkschrift nachgewiesen.

(Die Militär-Vorlage) ist im Abgeordnetenhause abgelehnt worden. Dieser Ausgang war bei der Herrschaft, welche die äußerste Fortschrittspartei in dem Hause ausübt, vorherzusehen.

Ein Verständigungsversuch, welcher von einer kleinen Anzahl gemäßigter Mitglieder der Opposition gemacht wurde, mußte an dem bloß verneinenden Geiste der Mehrheit scheitern.

(Parlamentarische Angehör und gebührende Zurechtweisung.) Dieselben Parteien aber, welche jeden Gedanken an Vermittelung schnöde und scharf zurückgewiesen hatten, entblödeten sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht, der Regierung die härtesten Vorwürfe über ihre vermeintliche Unversöhnlichkeit zu machen.

Vor allen hielt der Berichterstatter des Hauses, Abgeordneter Gneist, eine überaus leidenschaftliche Rede gegen die Regierung des Königs und namentlich gegen den Kriegs-Minister, und verirrte sich soweit, denselben in dunklen Wendungen in Betreff der Durchführung der Reorganisation des Eidbruchs zu zeihen, obwohl er doch „ein religiöser Mann“ sein wolle.

Der Vice-Präsident des Hauses, welcher gerade den Vorsitz führte und unbedingt die Pflicht gehabt hätte, solche persönliche Unbill von dem Minister abzuwehren, ließ es jedoch ungerügt hingehen.

Da erklärte der Kriegs-Minister mit dem Ausdrucke der höchsten Entrüstung Folgendes:

„Wenn der Herr Berichterstatter sich erlaubt hat, gegen mich persönlich zu werden in einer Weise, die wohl bisher in der parlamentarischen Geschichte aller Völker unerhört ist, so bin ich genöthigt, meine persönliche Auffassung darüber auszusprechen. Der Herr nannte mich einen religiösen Mann. Ich könnte ihm dafür danken; denn es ist allerdings seit längerer Zeit mein Bestreben, diesen Namen zu verdienen. Wenn er nun aber daran die Frage knüpft: Wie kann dieser religiöse Mann sich zu einem Werke bekennen, welches das „Kainszeichen des Eidbruchs an der Stirne trägt?“ — wenn er das gesagt hat mit Bezug auf mich, den religiösen Mann, so muß ich mich allerdings wundern, daß er nicht deswegen vor dem Herrn Präsidenten zur Ordnung verwiesen ist. Da das nicht geschah, so bin ich meinerseits in der unangenehmen Lage, ihm zu erklären, daß seine Aeußerung jedenfalls an der Stirn trägt den Stempel der Ueberhebung und Unverschämtheit.“

Der Vice-Präsident v. Unruh äußerte darauf: er habe den Abgeordneten Gneist, obgleich der von ihm gebrauchte Ausdruck allerdings in der Geschichte der Parlamente nicht leicht vorkomme (d. h. an sich unparlamentarisch und ordnungswidrig sei), doch deshalb nicht zur Ordnung rufen können, weil er (Unruh) nach seiner politischen Ueberzeugung mit ihm übereinstimme.

Während der Präsident (welchem Herr Grabow später sich beigesellte), hiermit geradezu erklärt, daß nicht die Gebote parlamentarischer Ordnung und Sitte, sondern nur der Parteistandpunkt ihn leite, — versuchte der Abg. Gneist unter dem niederschmetternden Eindrucke der Worte des Kriegsministers kleinmüthig seine früheren Worte so zu deuten, als habe er keine Beleidigung beabsichtigt, während doch seine ganze Rede von Anfang bis zu Ende voll der beleidigendsten Wendungen gewesen war; er fügte hinzu, auch der Herr Kriegs-Minister werde wohl das Wort „Unverschämtheit“ nicht als Beleidigung haben aussprechen wollen und werde es als religiöser Mann zurücknehmen.

Nach dieser de- und wehmüthigen Erklärung des tapferen Worthelden Gneist, über welche seine Freunde vor Herger und Butth außer sich geriethen, konnte der Herr Kriegs-Minister ihm natürlich sein Bedauern über das angebliche Mißverständniß ausdrücken. Dann aber fügte er in Betreff des Verhaltens der Präsidenten hinzu: „daß eine solche Art und Weise, Licht und Sonne unter den Personen und Parteien zu vertheilen, gewiß nicht richtig sei, schon um deswillen nicht, weil sie den Einzelnen nöthige, sich selbst Recht zu nehmen.“

Se. Majestät der König gedenken, nach den nunmehr getroffenen Bestimmungen, bereits am 13. d. M. Abends die Reise nach der Rheinprovinz zur Beibehaltung der Feier des Anschlusses der Rheinlande an Preußen anzutreten und am 14. d. M. Morgens um 7 Uhr mit dem Courierzuge in Düsseldorf einzutreffen, wo Allerhöchstdieselben im Regierungsgebäude absteigen, um mit Ihrer Majestät der Königin, welche im Laufe des Vormittags gleichfalls in Düsseldorf eintreffen wird, Nach-

mittags um 3 Uhr die Reise nach Aachen fortzusetzen. Ihre Majestäten werden in Aachen Wohnung im Regierungs-Gebäude nehmen, am 15. der Festfeier beiwohnen und am 16. sich nach Köln begeben, um auch an der dortigen Grundsteinlegung Theil zu nehmen. Auch in Köln steigen Ihre Majestäten im Regierungs-Gebäude ab. Am 17. werden Se. Majestät der König die Rückreise nach Berlin über Darmstadt antreten.

Der Finanz-Minister Freiherr von Bodelschwingh, der Handels-Minister Graf Benckise und der Minister des Innern Graf zu Eulenburg werden Se. Majestät nach den Rheinlanden begleiten.

(Zum Gedächtniß des Seegefechts bei Helgoland), welches im vorigen Jahre zwischen dem österreichisch-preussischen Nordsee-Geschwader und den Dänen stattfand, wird am 9. d. M. zu Kuxhafen eine militärische Feier begangen, zu welcher unser König eine Deputation der preussischen Marine entsandt hat.

Privat-Anzeigen.

Kirchlicher Anzeiger aus Vels.

Am Sonntage Cantate predigen in der Schloß- und

Pfarrkirche:

Frühpredigt: Herr Diaconus Krebs.

Mittagspredigt: Herr Hofprediger Hohenthal.

Nachmittagspredigt: Herr Propst Thielmann.

Wochenpredigt:

Donnerstag, den 18. Mai, Vormittags 8½ Uhr:

Herr Subdiaconus Kolde.

Cölner Dombau-Loose.

Haupt-Gewinn: 100,000 Thlr.

Für Oels und Umgegend

bei A. Grüneberger & Co.

Loose, à Stück 10 Sgr., zum Thierschaufest in Ramlau und Neumarkt, letztere nur noch bis 17. d. Mts., sind zu haben in der

Papierhandlung Friedrich Foerster.

Futtermehle

zu herabgesetzten Preisen empfiehlt

die Dampfmühle zu Kempen.

Blancs Wollepackpapier, p. Ries 4 $\frac{2}{3}$ Thlr.,

empfehlen in schöner starker Qualität

die Papierhandlung Friedrich Foerster.

Militair- und Jägerscheiben

empfehlen

die Papierhandlung Friedrich Foerster.

Sibyllenort.

Sonntag, den 14. Mai 1865:

Militair-Concert,

unter Leitung des Stabshornisten Foerster.

Anfang Nachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Auktions-Anzeige.

Sonnabend, den 19. Mai cr., Vormittags 9 Uhr, und die folgenden Tage, werden in der, Marienstraße 191 befindlichen Krause'schen Wohnung Meubles, Betten, Wäsche, Hausgeräthe und Buchbinderwerkzeug gegen Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Vels, den 12. Mai 1865.

Die Erbin

Beate Hadwiger.

Eine „Wassermühle“ in den Kreisen Vels, Ramlau oder Bernstadt belegen, wird zu kaufen gesucht.

Franco-Offerten mit detaillirten Anschlägen sind zu richten an Erdmann Hoffmann in Brieg.

Dankfagung.

Den hochverehrten Gönnern und Freunden, welche bei der am 5. d. Mts. stattgefundenen Beerdigung unseres geliebten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters und Urgroßvaters, des königlichen Kreis-Chirurgus Dr. **Muche**, dem theuren Dahingefahrenen ihre Achtung und Liebe durch das ehrende Grabgeleit bekundeten, fühlen wir uns verpflichtet, den ergebensten und aufrichtigsten Dank abzustatten. Auch gereichte die liebevolle und erhebende Grabrede des Herrn Diaconus Krebs uns zu großem Troste und sagen wir dafür gleichfalls unsern herzlichsten Dank.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Auktions-Anzeige.

Donnerstag, den 18. Mai 1865, Vormittags 8 Uhr, sollen Meubles und Kleidungsstücke in dem Parteien-Zimmer No. 5 des Königl. Kreis-Gerichts hieselbst öffentlich, gegen gleich baare Bezahlung, versteigert werden.

Dels, den 11. Mai 1865.

Gebauer.

Königlicher Kreis-Gerichts-Sekretair.

Circa 100 To. M
Staub- und Grieskohlen

offerirt billigt **Paul Butter,**
Dhlauerstr. 215, dicht an der Brücke.

Einen fetten Ochsen und einen desgl.
Bullen verkauft

Dom. Manferwig.

Das Dom. Ober-Mahliau hat circa 60 St. körnerfette **M a s t s c h a f e** (Schöpfe) im Einzelnen sowohl, als im Ganzen zum sofortigen Verkauf.

Sommer-Kaps und Sommer-Rübsen
empfiehlt zur Saat

Loewenthal.

Auf dem Dom. Ober-Mahliau befinden sich circa 20 bis 30 Stck. Apfel- und Birnbaum-Nußhölzer, für Tischler sich eignend, zum sofortigen Verkauf.

Aus der Schlesischen Zeitung vom 15. Januar 1865.

Neuester fortgesetzter Beweis
über die Gedeihenheit der
Eduard Groß'schen
Brust-Caramellen.

Nordhausen, 5. Januar 1865.

Herrn Kaufmann **Eduard Groß** Wohlgeboren in Breslau.

Seit 6 Wochen litt ich an einem furchtbaren Husten, verbunden mit Katarrh. Da wurde ich auf Ihre **Brust-Caramellen** aufmerksam gemacht, und ich holte in der Handlung der Herren **Volger u. Badendieck** hier zuerst 1 Carton zu 7½ Sgr., dann noch einen, und nachdem ich 3 Cartons verbraucht hatte, war der Husten und Katarrh verschwunden. Dies bezeugt Ihnen der Wahrheit gemäß und zum Wohle der leidenden Menschheit **August Döcker**, Kürschnermeister.

Feste Preise sind: Prima Gold-Cartons, stärkste ff. raff. à 1 Thlr., in chamois 15 Sgr., in blau 7½ Sgr., und in grün à 3½ Sgr. Jeder Carton trägt die Begutachtung des Königl. Preuss Sanitäts-Rathes Herrn Dr. Kolley und Hofrath Dr. Gumprecht, sowie Fabrik-Facsimile, nur solche sind echt, und stets vorrätzig: In Dels bei **Aug. Bretschneider, Ferdinand Jüngling, C. N. Hönisch**. In Bernstadt: **Wilh. Neuning**. In Juliusburg: **Apotheker Tieling**.

Wollzügen-Leinwand

empfiehlt

C. Behrens,
Webermeister.

Für die Frühjahr- und Sommer-Saison empfiehlt:

Nadmäntel, Beduinen, Jaquettes, Paletots in Wolle und Seide, sowie **Mantillen** in größter Auswahl zu den billigsten Preisen

Bernstadt.

Joseph Block.

Französische Long-Châles

halte ich in größter Auswahl in den neuesten Dessins stets am Lager und empfehle solche zu den Preisen von 10, 12, 15, 18, 20, 25 bis 30 Thlr.

Bernstadt.

Joseph Block.

Mein Modewaaren-Lager

bietet in Kleiderstoffen für das Frühjahr und den Sommer eine großartige Auswahl. Ich habe meine ganze Aufmerksamkeit in diesem Jahre dem feineren Genre zugewandt und empfehle daher:

Barèges,
Mozambiques,
Siek Lenos.

Mohairs,
Popeline de laine,
Popeline de soie.

sowie Rattune, Battiste und Organdines in den neuesten Mustern und zu möglichst billigen Preisen.

Bernstadt.

Joseph Block.

Achter Restitutionsfluide, à fl. 20 Sgr.,

von **Gebrüder Engel** in Briezen a. O. und Berlin, hat sich ganz besonders bewährt bei Lahmheiten der Pferde und Rinder (Zugochsen), welche in Rheumatismus, Verrenkung, Verstauchung, übermäßiger Dehnung der Gelenkbänder, kurz im Lauf oder Zug ihre Ursache fanden.

Alleinige Niederlage in

der Papier-Handlung **Friedrich Förster.**

Mein **Tuch- und Buckskin-Lager** ist auf das Vollständigste assortirt und empfehle ich dasselbe unter Zusicherung der reellsten Bedienung.

Bestellungen auf fertige Garderobe werden schnell, sauber und unter Garantie ausgeführt.

Bernstadt.

Joseph Block.

Fein gemahlenes Knochenmehl empfiehlt zur Frühjahrssaat Spahlig bei Dels. **Robert Huncke.**

Saatlein

verkauft Alte Apotheke bei Dels.

Zwei 2 1/2 jährige „Ochsen“ stehen bei mir zum Verkauf.

Spahlig.

Robert Huncke.

Für meine vielfachen diesjährigen Bauten, auf denen die Arbeit bis zum Winter dauert und reichliches Lohn gezahlt wird, gebrauche ich noch 20 Maurergefellen und 10 Zimmerleute; der Antritt in die Arbeit kann zu jeder Zeit erfolgen. Ein tüchtiger Maurerpolir mit mehreren Gesellen findet ebenfalls Anstellung.

Krotoschin.

C. Württemberg,

Maurer- und Zimmer-Meister.

Marktpreise der Städte Dels und Bernstadt,

vom 6. Mai 1865.

Dels.	Weizen	Roggen	Gerste	Erbsen	Hafer	Kartoff.	Hen.	Stroh.
Drsh. Maas u. Gewicht	der Schfl. rtr. sgr. pf.	der Schfl. rtr. sgr. pf.	der Schfl. rtr. sgr. pf.	der Schfl. rtr. sgr. pf.	der Schfl. rtr. sgr. pf.	der Schfl. rtr. sgr. pf.	der Centn. rtr. sgr. pf.	das Schock rtr. sgr. pf.
Höchster	—	1 13	1 6	—	1 2	16	1 8	7
Mittler	—	—	1 5	—	1	—	1 6	—
Niedrigster	—	—	—	—	—	—	—	—
Bernstadt, den 6. Mai.								
Höchster	1 26	1 12	1 6	2 8	1	16	1 6	7 5
Mittler	1 24	1 11	1 4	6	—	29	—	—
Niedrigster	1 22	—	1 3	—	—	28	—	—

Marktpreis d. Stadt Breslau

vom 6. Mai 1865.

	feine	mittel	ordn.
Weiß. Weizen	72—75	69	— Sgr.
Gelber dito	67—70	63	—
Roggen	45—46	44	43
Gerste	36—38	35	32
Hafer	29—30	28	26
Erbsen	60—62	58	55
Kleeaat rotze	—	—	—
ditto weiße	—	—	—